# „Der Courier"

**Ein Organ deutschsprechender Canadier.**
**Erscheint jeden Mittwoch.**

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann
Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Redakteur,
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.


## Handelsvertrag oder nicht?

Der Courier darf ohne jegliche Ueberhebung das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß er als einzige canadische Zeitung in den letzten Monaten der Neuregelung der canadisch-deutschen Handelsbeziehungen die größte Beachtung geschenkt hat. Ueber alle bemerkenswerten Vorgänge auf diesem Gebiete sind unsere Leser unterrichtet worden und wir haben überdies schon mehr als einmal mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß es im Interesse Canadas und namentlich der canadischen Farmerschaft liege, wenn ein Handelsvertrag zwischen den beiden großen Ländern Canada u. Deutschland baldigst abgeschlossen werde. In Ottawa hat man jedoch anscheinend die Zeit ungenützt verstreichen lassen, abgesehen davon, daß man einige Fühler nach Berlin ausstreckte. Zu einem entschlossenen Handeln aber konnte sich die Regierung des Premier Mackenzie King nicht aufraffen. Man wartete bis zum letzten Augenblick, da die Meistbegünstigung ablief, die den alliierten Ländern nach dem Versailler Friedensvertrag eingeräumt worden war. Denn seit dem 10. Januar 1925 ist Deutschland von den sich daraus ergebenden Verpflichtungen entbunden und kann wieder auf dem Gebiete des internationalen Handels je nach den Abmachungen oder nach seinem Belieben als gleichberechtigte Macht allen anderen gegenüber auftreten.

Andere Länder wie Frankreich, Italien und England haben die nach dem 10. Januar eintretende Situation rechtzeitig und klar erkannt und die deutsche Regierung um die Anknüpfung von Verhandlungen zur Schaffung neuer Handelsverträge ersucht. Es ist hier nicht der Platz, alle Einzelheiten dieser Verhandlungen zu erörtern. Aber auf einen bereits abgeschlossenen Vertrag, der auch uns in Canada interessiert, sei doch kurz hingewiesen. Der deutsch-englische Handelsvertrag, der am 2. Dezember 1924 in London unterzeichnet wurde, ist ein Musterbeispiel dafür, was bei gegenseitigem guten Willen erreicht werden kann. Der Vertrag sieht grundsätzlich die Meistbegünstigung für beide Länder und in einer Reihe von Fällen sogar die gegenseitige Behandlung als Inländer vor. Das Wort „Meistbegünstigung", das der Diplomatensprache entnommen ist, bedeutet folgendes: Gewährt zum Beispiel England einem anderen Lande besondere Vergünstigungen im Handelsverkehr, so müssen die nämlichen Vergünstigungen auch Deutschland zu Gute kommen. Deutschland übernimmt natürlich auch England gegenüber die gleiche Verpflichtung. Der deutsch-englische Vertrag garantiert ferner die Freiheit des Handels und der Schiffahrt für beide Teile und die beiderseitigen Staatsangehörigen genießen in beiden Staatsgebieten untereinander die gleichen Rechte. Sogar die Verhältnisse des Eigentumserwerbes sind nach dem Grundsatze der Meistbegünstigung geregelt. Dasselbe Prinzip erfährt hinsichtlich Anwendung auf die Ein- und Ausfuhr und auf die Durchfuhr von Waren. Handelsgesellschaften jeglicher Art können sich im Gebiete des anderen Vertragsteiles niederlassen und werden wie Inländer behandelt. Nun folgt eine Vertragsbestimmung, die auch für Canada von Wichtigkeit ist:

„Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten nicht für die britischen Kolonien und Mandatsgebiete und die Dominions. Soweit jedoch irgend einem dieser Gebiete deutsche Waren tatsächlich Meistbegünstigung genießen, soll das auch in Deutschland bei den Waren jener Gebiete der Fall sein. Soweit bis zum 1. September 1926 dieser Vertrag nicht auf jene Gebiete ausgedehnt ist, können von Deutschland unter Einhaltung einer dreimonatlichen Kündigungsfrist die vorgenannten Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden."

Nun kann sich und muß sich Canada entscheiden. Eine Erklärung aus Ottawa besagt: „Die britischen Dominions können den englisch-deutschen Handelsvertrag entweder voll und ganz übernehmen oder nur seine Zollbestimmungen sich zu eigen machen oder ihn ganz übergehen und mit Deutschland wegen eines eigenen Vertrages verhandeln."

Zwei Tage später erfuhr man, daß der canadische Finanzminister Robb die Hoffnung hegt, Canada und Deutschland würden zu dem Abkommen zurückkehren, das vor dem Kriege bestand. „Ich beobachte und warte ab, was Deutschland tut," fügte Minister Robb hinzu. „Wenn Deutschland gegenüber canadischen Produkten ungerecht verfährt, so wird die canadische Regierung wissen, was sie nach den Erfahrungen der Vergangenheit zu tun hat." Mit dieser lächerlichen Drohung soll wohl eine Anspielung auf die Zollaufschläge gemacht werden, welche die canadische Regierung auf deutsche Waren bis 1910 legte. Wir haben die Drohung des Ministers Robb als lächerlich bezeichnet, weil nach dem englisch-deutschen Vertrage die Stellung Deutschlands gegenüber canadischen Produkten ganz davon abhängt, ob Canada dem deutschen Handel Meistbegünstigung gewährt. Man muß folglich den Spieß umdrehen.

Bei solchen Fragen muß die wirtschaftliche Vernunft allein ausschlaggebend sein. Entscheidend ist vor allem: Was kann Canada von einem gesonderten Handelsabkommen mit Deutschland gewinnen? Der Handel zwischen beiden Ländern ist seit dem Weltkrieg in stetem Wachstum begriffen, wobei die Bilanz sich zu Gunsten Canadas stellt. In den sieben Monaten des gegenwärtigen Finanzjahres bis 31. Oktober 1924 wurden die canadischen Ausfuhren nach Deutschland auf $13,959,219 bewertet, während deutsche Waren im Werte von nur $4,251,868 nach Canada eingeführt wurden. Mithin konnte Canada im Handelsverkehr mit Deutschland einen Gewinn von $9,700,000 zu seinen Gunsten innerhalb sieben Monaten buchen.

Welche Bedenken sachlicher Art könnten angesichts einer solch günstigen Handelsbilanz noch gegen den Abschluß eines canadisch-deutschen Abkommens bestehen? Haben die canadischen Farmer nicht das allergrößte Interesse daran, daß ihre Produkte unter möglichst günstigen Bedingungen in das industriell hochentwickelte Deutschland mit seiner gewaltigen Bevölkerung von über 60 Millionen Menschen eingeführt werden? Die lebhafte deutsche Nachfrage nach canadischem Weizenmehl würde allein schon einen solchen Handelsvertrag vollauf rechtfertigen.

# Weltumschau

### Deutschland

Mit Ausnahme wiederholter Rufe nach Amnestie seitens der Kommunisten ist die erste Sitzung des neuen Reichstages ruhig verlaufen. Die Sitzung stand in scharfem Gegensatz zu der Eröffnung des vorigen Reichstages, die von Radauszenen der Kommunisten und Nationalsozialisten begleitet war und einen Abbruch der Sitzung nötig machten.

Der Antrag der Volkspartei, die Sitzung bis nach erfolgter Bildung eines Kabinetts zu vertagen, wurde auf von den Deutschnationalen unterstützt und schließlich wurde die Vertagung bis zum nächsten Mittwoch beschlossen.

Die 8 Mitglieder des Landbundes vereinigten sich mit den Deutschnationalen, so daß diese über 111 Stimmen verfügen. Die 4 Welfen schlossen sich der Wirtschaftspartei an. Die Stärke der Parteien infolge dieser Kombinationen ist daher jetzt folgende:

Sozialisten 131, Deutschnationale 111, Zentrum 69, Deutsche Volkspartei 51, Kommunisten 45, Demokraten 32, Wirtschaftspartei 21, Bayrische Volkspartei 19, Nationalsozialisten 14; zusammen 493 Abgeordnete.

Die republikanischen Parteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, haben bei den letzten Dezemberwahlen um über drei Millionen Stimmen zugenommen, während die Monarchisten, Deutschnationale, Völkische und Deutsche Volkspartei, zusammengenommen eine halbe Million Stimmen verloren haben. Die „Vossische Zeitung" in Berlin bemerkt dazu: „Die Wahlen sind mithin ganz eindeutig für Schwarz-Rot-Gold, d. h. für die Republik der Republikaner, für die Republik der Demokratie ausgefallen."

In der von Botschaftern der alliierten Mächte der deutschen Reichsregierung überreichten Note, in der der Beschluß des Botschafterrates, den Kölner Brückenkopf am 10. Januar nicht zu räumen, offiziell mitgeteilt wurde, wird auseinandergesetzt, daß die alliierten Regierungen Beweise dafür hätten, **daß Deutschland den Abrüstungsverpflichtungen** nicht voll nachgekommen sei und sie bis zum 10. Januar nicht erfüllen könne. Zur Erhärtung dieser Behauptung werden sechs „Verfehlungen" angeführt, nämlich: 1. Der Generalstab der deutschen Armee sei nicht rekonstituiert worden; 2. in der Reichswehr seien Freiwillige die auf kurze Frist angeworben waren, ausgebildet wroden; 3. die Umstellung der Kriegsmaterialfabriken sei nicht vollständig durchgeführt worden; 4. man habe einen Ueberschuß von Kriegsmaterial festgestellt und versteckte Waffenlager aufgefunden; 5. die Reorganisation der Staatspolizei sei noch nicht begonnen worden; 6. die deutsche Regierung habe noch nicht jene gesetzlichen und administrativen Maßnahmen eingeführt, die von den Alliierten in der Note vom 29. September 1922 verlangt wurden.

Deutschlands Erwiderung auf die Note des Botschafterrats bezeichnet die Verlängerung der Besetzung über den 10. Januar als eine schwere Verletzung des Versailler Vertrags. Die Antwort bestreitet auch das Recht der Entente die Räumung des Brückenkopfes mit den angeblichen Verfehlungen von Deutschland, welche die frühere Note der Botschafter vom 3. Januar anführt, zu begründen. Die deutsche Antwort beschränkt sich auf einen formellen Protest gegen Verletzung eines Vertragsgrundsatzes durch die Alliierten.

Die Besprechung der angeblichen Verfehlungen, welche die Anklage der Alliierten enthält, wird bis zum Eingang der erklärenden Note der Botschafter verschoben. Die Zeitungen nennen die Gründe, welche für die Fortdauer der Kölner Besetzung angeführt sind, haltlos. Das Schreckgespenst von 150,000 uniformierten deutschen Schutzleuten wird wahrscheinlich zu der Forderung führen, daß künftig nur Frauen für den Polizeidienst ausgehoben werden dürfen, meint die „Börsenzeitung". Die Zeitung verlacht auch die Beschuldigung, daß der deutsche Generalstab wiederhergestellt sei. Der Rückgang der deutschen Anleihe an der Londoner Börse wird vom „Tageblatt" als direkte Folge der ausländischen Verwicklungen betrachtet. Das Blatt sagt, die allgemeine Lage auf dem Londoner Markt sei jetzt ganz normal und kein Grund vorhanden, weshalb deutsche Wertpapiere fallen sollten.

In wirtschaftlichen stehen die deutschen Eisenbahnen wieder auf der Höhe der Vorkriegszeit, erklärte Generaldirektor Rudolph Oeser. Nur Passagierwagen und Geleise lassen noch zu wünschen übrig. 800,000 Angestellte sind im Betriebe beschäftigt. Das Bahnsystem wird auf geschäftlicher Grundlage wie ein Privatunternehmen betrieben. Vom Jahresertrage fließen 660 Millionen Mark dem Reparationsfond zu, und 290 Millionen gehen in die Kasse des Reiches.

### Oesterreich

Gegen das neue österreichische Münzgesetz, das am 1. Januar in Kraft trat, werden in österreichischen finanziellen Kreisen und auch außerhalb Oesterreichs noch immer Bedenken geäußert. Besonders wendet man ein, daß willkürlich ein neues Goldwährungssystem geschaffen wurde, daß die Schillingwährung den Weg zu einer neuerlichen baldigen Währungsreform verschließen würde und daß das Gebiet sowohl als auch die Bevölkerungszahl Oesterreichs zu klein sei, um die Schaffung einer eigenen, mit keinem anderen Geldsystem im Zusammenhang stehenden Währung sachlich zu begründen. Diese Einwendungen waren fruchtlos und nunmehr ist in der österreichischen Bundesrepublik an Stelle der Kronenrechnung die Schillingrechnung getreten, die für den Bund sowie für jeden öffentlichen Haushalt seit 1. Januar 1925 an obligatorisch ist. Da die bisher geprägten Schillingmünzen einen Feingehalt von 800/1000 hatten und infolge dieses hohen Feingehaltes zum großen Teil aus dem Verkehr und zum Teil über die Grenzen verschwunden sind, soll die neue Prägung zu 640/1000 in Silber und zu 360/1000 in Kupfer erfolgen. Niemand braucht im Verkehr mehr als 50 Schillingmünzen in Zahlung anzunehmen. Bezüglich des Verhältnisses der neuen Währung ist vorgesehen, daß aus einem Kilogramm Münzgeld 42.5088 Stück zu 100 Schilling oder 170.0352 Stück zu 25 Schilling auszuprägen sind. Dieses Verhältnis beruht darauf, daß 100 österreichische Goldkronen 144 Schillinge wert sind. Eine Goldkrone ist also 1.44 Schilling wert, 1 Schilling hat einen Wert von 0.694 Goldkronen oder prozentuell ausgedrückt ist der Schilling 70 Prozent der Goldkronen wert. Die Umrechnung von der Krone auf den Schilling findet derart statt, daß 10,000 Papierkronen gleich 1 Schilling zu rechnen sind. Die neue österreichische Schillingrechnung lehnt sich nicht an den englischen Schilling an. Die Landesgoldmünzen zu 100, 20 und 10 Kronen, die Scheidemünzen zu 5, 2 und 1 Krone, 20, 10, 2 und 1 Heller, sowie die Eingulden-Stücke österreichischer Währung verlieren mit dem 31. Dezember 1925 ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel. Die auf Grund des Bundesgesetzes vom 19. Juli 1923 ausgeprägten Münzen zu 1000, 200 und 100 Kronen sind bis zu ihrer Einziehung für 10, 2 und 1 Stüber anzunehmen. Die Schillinge mit der Jahreszahl 1924 haben mit dem 31. Dezember v. J. ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel verloren, werden jedoch bis zum 31. Dezember bei allen öffentlichen Kassen nach ihrem Nennwert unbeschränkt in Zahlung oder zur Einwechslung angenommen.

Frau Ruth Fischer, Führerin der kommunistischen Partei des deutschen Reichstags, ist wegen Benutzung eines gefälschten Reisepasses zu 120,000 Kronen Geldstrafe und zur Ausweisung aus Oesterreich verurteilt worden. Drei andere in Wien verhaftete deutsche Kommunisten sind Ivan Katz, Frau Elfriede Golke und Heinz Neumann, die kürzlich mit Hilfe gefälschter Pässe nach Wien kamen. Katz und Frau Golke, die ebenfalls Mitglieder des deutschen Reichstages sind, hatten durch Auflösung des Reichstags ihre parlamentarische Straflosigkeit verloren und deshalb sich aus Deutschland geflüchtet, um ihrer Verhaftung unter Anklage des Hochverrats zu entgehen. Beide sind inzwischen bei den Neuwahlen für den Reichstag wiedergewählt worden und werden damit ihre Straflosigkeit zurückgewinnen. Ihre Rückkehr nach Deutschland ist nach Abbüßung der hier verhängten Strafe zu erwarten. Frau Golke war früher eine österreichische Staatsangehörige und eifrige Befürworterin von Frauenrechten. Sie heiratete einen Dr. Friedlander und beide beteiligten sich nach dem Zusammenbruch der Monarchie an der Gründung der österreichischen Kommunisten-Partei. Später erwirkte die Frau Ehescheidung und ließ sich in Deutschland nieder, wo sie sich mit dem deutschen Kommunisten Golke verheiratete und in den Reichstag gewählt wurde. Neumann, der dritte der mit falschen Pässen reisenden Kommunisten, ist Sekretär der deutschen Kommunistischen Partei.

### Rußland

Alexander Kerensky, der Leiter der russischen Revolutionsregierung, der dann von den Bolschewisten gestürzt worden ist, erklärte Gerüchte, er habe sich jetzt mit den Bolschewisten ausgesöhnt, für Verleumdungen und teuflische Lügen. Kerensky lebt seit einigen Jahren in Berlin und gibt eine antibolschewistische russische Zeitung heraus. In einem Interview erklärte er mit Nachdruck: Sie können alle Gerüchte, daß ich mich mit der Sowjetregierung versöhnt hätte, als ganz infame verleumderische Lügen bezeichnen und sagen, daß kein wahres Wörtchen daran sei. In der Welt ist schließlich alles möglich, aber, daß ich mich mit den Bolschewisten versöhne, das ist unmöglich, das ist ein ums-für allemal ausgeschlossen. Unter keinen Umständen, weder in diesem Leben noch im zukünftigen, würde ich jemals eine Versöhnung mit den Bolschewisten auch nur ganz entfernt in Betracht ziehen. Ich bin fertig mit ihnen und werde nie etwas mit ihnen zu tun haben.

Hungrig verwahrlost und abgerissen kam ein Mann in das vom Amerika-Hilfsverein unterhaltene Waisenhaus zu Alexandropol in der Sowjetrepublik Armenien und bat um Nahrung, Kleidung und Unterkunft für die Nacht. „Ich bin Bill Haywood", sagte er, „aber ich bin kein Bolschewik mehr. Ich wollte, ich wäre niemals von Leavenworth weggelaufen." Tatsächlich war es der Führer der amerikanischen Kommunisten. Er wollte nach den Ver. Staaten zurückkehren. Die Kommunisten-Internationale zahlte dem Haywood ein kleines Gehalt, damit er als Ratgeber für Amerikapropaganda arbeite. Als ihn aber Zinowieff aufforderte, in Verkleidung nach den Ver. Staaten zurückzukehren, um unter den Negern dort Kommunistenpropaganda zu treiben, weigerte er sich dies zu tun und damit endete seine Bezahlung. Es war namentlich geplant worden, den Haywood auf einem Schnapsschmuggelschiff in den Staat Georgia zu schmuggeln, wo er eine Negerrevolution im Süden organisieren sollte. Und das wollte er nicht. Da brach er denn mit einem anderen amerikanischen Kommunisten-Anhänger namens Williams auf und bettelte sich von Moskau durch, weil er Konstantinopel erreichen wollte, um dort Arbeit zu finden. Und er sagte zum Waisenhausleiter: „Ich habe Heimweh nach Amerika und lebe lieber in Leavenworth (Bundesgefängnis) als im bolschewistischen Rußland. Das ist nicht als Land für weiße Menschen zu betrachten." Am nächsten Morgen brach er auf und wanderte der türkischen Grenze zu.

Die Stadt Petersburg, jetzt Leningrad genannt, die vor einigen Monaten durch eine Ueberschwemmung schwer gelitten hat, ist neuerlich von einer Flut heimgesucht worden. Alle großen Fabriken in den Vorstädten, einschließlich der Putilow-Eisenwerke, sind überschwemmt und der Bahnverkehr ist eingestellt. Die Bevölkerung der überschwemmten Teile der Stadt hat auf höher gelegenen Punkten Zuflucht genommen.

### England.

Aus eigener Kraft emporgekommene Männer haben im britischen Kabinett nichts mehr zu sagen. Stanley Baldwin, der neue Premier, hat die alte Ordnung zurückgebracht und zwar gründlich. Mit zwei Ausnahmen haben die 19 Mitglieder seines Kabinetts Universitätsbildung und die beiden anderen besuchten öffentliche Schulen. In diesem Lande sind dies Privatanstalten, welche vorwiegend die Söhne wohlhabender Leute angehören. Als Ramsay MacDonald sich mit Kollegen umgab, die früher Kohlengräber oder Fabrikarbeiter gewesen, kam die Gelegenheit für Angehörige der unteren Klassen, sich zur politischen Macht zu erheben. Jetzt sind wieder die alten Tage da. Zehn von den 19 neuen Ministern gingen aus Oxford hervor. Vier blicken auf die frohen Tage in den Hallen von Cambridge zurück. Von den übrigen kann hatten alle die Vorteile der Ausbildung in öffentlichen Schulen. Von den zehn Oxfordern im Kabinett sind fünf Lords, Curzon, Salisbury, Cave, Birkenhead und Cecil of Vere. Die ehemaligen Kohlengräber stehen jetzt wieder an der Spitze von Gewerkschaften außerhalb von Whitehall. Wenn sie dem Parlament angehören, so nur sie auf den Bänken der Opposition. Die vorderen Bänke sind wieder mit der Art der Männer gefüllt, welche Großbritannien für Jahrhunderten regiert haben. Männer, deren Emporsteigen im Leben der Reichtum und andere Umstände erleichterten, welche England in so großem Maße seinen wenigen Bevorzugten gibt.

### Frankreich.

Die Konferenz der alliierten Finanzminister begann in Paris mit Besprechung der Verteilung von Zahlungen durch Deutschland unter dem Dawes-Plan. Die amerikanischen Botschafter Kellogg und Herrick sowie Oberst Logan verlangen Anerkennung des amerikanischen Anspruchs auf einen Anteil an den Dawes-Zahlungen. Mit Ausnahme von Großbritannien wird der Anspruch von allen Alliierten gebilligt. Eine weitere Frage taucht noch auf, jene der alliierten Schulden. Die Amerikaner wollen sich einer Behandlung der Schuldenfrage in der Konferenz selbst widersetzen, sie liegt aber in der Luft.

Vor der Zusammenkunft der Minister hatte der britische Schatzkanzler Winston Churchill mit dem französischen Finanzminister Clémentel eine Besprechung über Frankreichs Schulden. Er soll vorgeschlagen haben, daß Frankreich Britannien gleichzeitig und in gleicher Weise mit den Ver. Staaten bezahlt.

Zwölf Nationen sind bei der Konferenz vertreten. Die Verteilung der ersten Milliarde Goldmark, die unter dem Dawes-Plan einging, kam zuerst zur Sprache. Vorherige Verhandlungen unter den Fachleuten hatten keine Verständigung gebracht. Vor der Konferenz hatte Churchill auch mit dem belgischen Premier Theunis über eine alliierte Schuldenkonferenz in Brüssel eine Unterredung. Die Alliierten beabsichtigen, ihre verschiedenen Schulden ohne amerikanischen Beistand zu regeln.

Berichte, wonach auf der Pariser Konferenz die belgischen Vorzugsansprüche auf deutsche Geldzahlungen gefährdet sind, erregen Erstaunen. Die Bedrohung liegt in englisch-amerikanischen Ansichten über Verteilung der ersten Zahlungen unter dem Dawes-Plan. Finanzkreise fürchten, daß die Verwerfung der belgischen Priorität das Gleichgewicht des Staatshaushalts gefährden würde. Die amerikanischen Bankiers stützen ihre Bedingungen für eine belgische Anleihe auf dieses Gleichgewicht des Budget. Belgien ist zu ungefähr einer weiteren Milliarde Francs berechtigt. Nach einer Pariser Depesche widersetzt sich die Abordnung von Premier Theunis jeder Besprechung der belgischen Priorität auf der Konferenz. Nach Behauptung der Belgier, die mit den Ansichten der Entschädigungsleute im Widerspruch steht, ist sie noch nicht völlig bezahlt.

Ernste Besorgnis macht sich in amtlichen Kreisen ob des Zögerns Deutschlands geltend, den in Vorschlag gebrachten „modus vivendi" als temporären Ersatz des mit dem 10. Januar ablaufenden Handelsvertrags hinzunehmen; auch wird befürchtet, die deutsche Drohung „ernster Folgen" im Falle eines Aufschubs der Räumung der Kölner Zone werde die Form einer Weigerung der Unterzeichnung dieses „modus vivendi" annehmen. Wie erklärt wird, dürfte die Weigerung der Deutschen, das Uebereinkommen zu unterzeichnen, wahrscheinlich der Auftakt zu einem vollständigen Zusammenbruch der derzeitigen französisch-deutschen Handelskonferenz sein, die in ihrem Versuch, einen Handelsvertrag auszuarbeiten, bereits auf unendliche Schwierigkeiten gestoßen ist.

### Italien.

Premier Mussolini hat jetzt ein Kabinett, das mit Ausnahme des Wirtschaftsministers Nava, der jenem Flügel der Volkspartei angehört, der mit den Faszisten durch dick und dünn geht, ganz aus unentwegten Faszisten zusammengesetzt ist.

Den Präfekten von ganz Italien ging der Befehl zu, Ausschreitungen von irgend welcher Seite rücksichtslos und mit den schärfsten Maßnahmen zu unterdrücken, ebenso wie jeden Versuch einer Auflehnung der aufgelösten Organisationen. In vielen Städten, besonders aber in Florenz, wurden Mitglieder von kommunistischen, maximalistischen und republikanischen Verbänden unter der Beschuldigung der Verschwörung gegen den Staat verhaftet. In Montana wurden 30 Verhaftungen vorgenommen. Das Parlament wurde zur Besprechung der Wahlreform Vorlage für den 12. Januar einberufen.

### Ungarn.

Nachrichten aus Budapest deuten darauf hin, daß die Propaganda der sogenannten Legitimisten für Rückkehr des jungen einäugigen Kronprinzen Otto und seiner Mutter, der gewesenen Kaiserin und Königin Zita, nach Ungarn, dort neuerdings Boden gewinnt. Dies gibt auch in Oesterreich der habsburgfreundlichen Bewegung neue Nahrung. Die Christlichsozialen und die Monarchisten haben einen Parlamentsausschuß eingesetzt, der die Frage der Rechtsgültigkeit des Gesetzes vom Jahre 1918 prüfen soll, durch das in Oesterreich das Vermögen des Hauses Habsburg eingezogen wurde. Die Sozialdemokraten haben sofort angekündigt, sie würden sich jedem Versuch, eine Rückgabe solchen Besitzes herbeizuführen, aufs Aeußerste widersetzen.

### Polen.

Polen hat den wärmsten Winter seit einem Jahrhundert. Das Thermometer des Krakauer Observatoriums registrierte am 5. Januar 60 Grad Fahrenheit.

### Jugoslavien

Stefan Raditsch, der Führer der kroatischen Bauernpartei, gegen den Ministerpräsident Pasitschitch bald nach seinem letzten Regierungsantritt einen Haftbefehl erlassen hatte, ist am 5. Januar im Hause des Abgeordneten Kochubitsch verhaftet und nach einem Gefängnis in Agram gebracht worden. Raditsch hatte sich, als im November die Beschuldigung des Hochverrates gegen ihn erhoben worden war, nach der Schweiz geflüchtet und war kürzlich unbemerkt nach Serbien zurückgekehrt. Die kroatische Bauernpartei, deren Programm eine Revision der Verfassung und Autonomie für Kroatien verlangt, wurde laut Mitteilung im letzten „Courier" von der jugoslawischen Regierung am 1. Januar aufgelöst.

Um Raditsch und seine Partei scharen sich alle nichtserbischen Nationalitäten des Staates. Der kroatische Bauernführer hatte erst kürzlich erklärt, daß er hoffe, es auf dem ganzen Gebiete des jugoslawischen Staates auf 100 Mandate zu bringen. In der letzten Skupschtina hatte seine Partei 70 Sitze.

### Australien.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Einwanderung armer Personen im nächsten Frühjahr zu verhindern. Zu dem Zwecke hat sie eine Bestimmung erlassen, daß nach dem 31. März niemand, der nicht mindestens 40 Pfund Sterling besitzt, landen darf. Seit einiger Zeit ist eine scharfe Agitation in Australien im Gange, die Einwanderung aus dem südlichen Europa ganz zu verbieten.

### Ver. Staaten

Senator Ladd aus Nord-Dakota, einer der vier Fortschrittler, welche die Konferenz republikanischer Senatoren aus der Partei ausschloß, warf der republikanischen Parteileitung den Fehdehandschuh hin. Er greift ihre Politik an, weil sie die wahren republikanischen Grundsätze schädige. In einer scharfen Rede im Senat erklärte Ladd, daß die Führer seiner Partei sich anmaßend zu Richtern von Parteitreue aufwerfen. Die Anhänger der alten republikanischen Partei, sagte er, seien die Vorhut der neuen republikanischen Partei geworden. Wenn man eine Parteiphilosophie der Unterwerfung unter Finanzpiraten und Tarifmagnaten unterstützen müsse, um ein Republikaner zu sein, so vermöge er nicht mitzumachen. Senator Edge aus New Jersey erwiderte auf den Angriff. Er erklärte, bei der Treueprobe habe es sich um Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten der Partei gehandelt. Senator Borah aus Idaho brachte etwas Heiterkeit in die Besprechung, indem er als Beispiel von „Parteilosalität" auf die Abstimmung verschiedener Senatoren hinwies, um das Veto des Präsidenten gegen die Postgehaltsvorlage zu überstimmen. Er fragte, worin die Probe bestehe. Ein Hinweis von Ladd auf die Spaltung durch Roosevelt und seine Rückkehr zur Partei veranlaßte Edge zu dem Zugeständnis, daß die Republikaner Senator Ladd wieder in der Partei willkommen heißen dürften. Vorausgesetzt, daß aus dem Hinweis auf Ladd's Absicht geschlossen werden dürfe, künftig in Reih und Glied zu marschieren.

## Nachruf

### Amalie Rathgeber gestorben.

Noch ehe das Jahr 1924 sich seinem Ende zugeneigt hatte, wurde die ev.-luth. St. Petri-Gemeinde zu Goodeve, Sask., von großer Trauer heimgesucht. Und das geschah, als sich nach allen Richtungen hin die Nachricht Bahn brach von dem so plötzlich erfolgten Tode der Frau Amalie Rathgeber. Die Verstorbene war die dritte Ehegattin des Herrn Johann R. Rathgeber gewesen und war vor zwei Jahren durch die Heirat ihres Mannes ein Glied in unserer Gemeinde geworden. Gar bald nach ihrem Einzuge in die Gemeinde hatte sie sich die Liebe und Achtung aller derer erworben, die sie kennen lernten und mit denen sie in Berührung kam. Sie hatte ein Herz für jeden und war empfänglich für alles. Sie kam gern zur Kirche, sorgte für das Schulwesen und nahm Anteil an dem Wohl und Wehe der Gemeinde. Obwohl sie in ihrem Leben schon von mancher Trübsal betroffen war, auch wohl manches erfahren hatte, was nicht leicht für sie zu tragen war, so blieb sie dennoch immer dieselbe, weil sie wußte im gläubigen Vertrauen: „Der Herr legt einem wohl eine Last auf, aber er hilft sie auch tragen." Das zeigte sich auch während ihres kurzen, aber schweren Krankenlagers vom 24. bis 29. Dezember, auf das sie der Herr gelegt hatte. Obwohl ärztliche Hilfe zu Rate gezogen worden war, so hatte dieselbe dennoch nichts mehr vermocht. Gottes Wille war anders gewesen. Im Glauben an ihren Heiland, wie wir zuversichtlich hoffen, ist die fromme, gottesfürchtige Dulderin aus dem Leben geschieden, betrauert und beweint von so vielen, die sie liebten und die sie auf ihrem letzten Gange begleiteten am 31. Dezember, als sie christlich bestattet wurde auf dem St. Petri Kirchhofe zu Goodeve. Möge sie nun schauen, was sie hienieden geglaubt hat! Möge der Herr sie zu Gnaden angenommen haben, dessen treue Jüngerin sie war und dem sie auf Erden gern gedient!

Er aber wolle sich auch nach seiner Güte und Barmherzigkeit des gebeugten, so tief betrübten Witwers und seiner Kinderschar annehmen und sie wieder aufrichten von dem so schweren Schlage, der sie betroffen hat.

Ja, wir alle wollen und sollen immer wieder fleißig erwägen und bedenken:

„Heut' lebst Du, heut' bekehre Dich;
Eh' morgen kommt, kann's ändern sich!"

Hubbard, Sask., 8. Jan. 1925.
Axel Schlange, Pastor.

(Den Hinterbliebenen das aufrichtigste Beileid des „Courier"!)

**Erwartete ihren Tod.** „Mein Gesundheitszustand war lange Zeit ein sehr schlechter und ich hatte viele Beschwerden mit meiner Verdauung," schreibt Frau Honore Bourassa, von Lawrence, Mass. „Die leichtesten Speisen verursachten mir Magenschmerzen und schlaflose Nächte. Des Morgens fühlte ich mich müde und schwach, und war sehr nervös. Ich erwartete meinen Tod zu jeder Zeit. Eine Freundin riet mir, Forni's Alpenkräuter zu gebrauchen. Ich tat es. Jetzt kann ich essen, was mir gefällt; ich schlafe gut und habe an Gewicht zugenommen." Dieses berühmte Kräuterpräparat ist ein Stärkungsmittel für das System. Es reguliert die Verdauungsorgane, baut das Nervensystem auf und schafft reines, rotes, reiches Blut. Es wird direkt verkauft, nicht durch Apotheker. Man schreibe an Dr. Peter Fahrney & Sons Co., 2501 Washington Blvd., Chicago, Ill.

**Beim Examen.**

Professor (bei der Prüfung zum Studenten): „Wenn es heißt, es sei ein Fremdkörper in den Magen gekommen, was geht sich da zum Beispiel darunter verstehen?"

Student: „Wasser!"


EMPLOYMENT SERVICE OF CANADA

**Tüchtige Farmarbeiter**

In den Städten der Provinz befindet sich eine große Anzahl erfahrener und unerfahrener Farmarbeiter ohne Stellungen. Wir können Ihnen tüchtige Farmhilfe irgend einer Art zusenden.

**Junggesellen Ehepaare Dienstboten**

Verlangen Sie soviele Arbeiter als Sie unterbringen können und bieten Sie soviel Lohn an als Sie denken die Arbeit wert ist. Fragen Sie an bei dem nächsten Stellenvermittlungsbüro oder schreiben Sie an

**EMPLOYMENT SERVICE OF CANADA**
Parliament Buildings, Regina, Sask.